

Objektyp: **AssociationNews**

Zeitschrift: **Schweizerische Bauzeitung**

Band (Jahr): **115/116 (1940)**

Heft 26

PDF erstellt am: **20.09.2024**

### **Nutzungsbedingungen**

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.

Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.

Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

### **Haftungsausschluss**

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Ein Dienst der *ETH-Bibliothek*  
ETH Zürich, Rämistrasse 101, 8092 Zürich, Schweiz, [www.library.ethz.ch](http://www.library.ethz.ch)

<http://www.e-periodica.ch>

## MITTEILUNGEN DER VEREINE

**S. I. A. Zürcher Ingenieur- und Architekten-Verein**Protokoll der 7. Sitzung, 14. Februar 1940<sup>1)</sup>.

Das Protokoll der 5. Sitzung wird genehmigt. Die Gelegenheit für Mitteilungen oder Umfrage wird nicht benützt, sodass Präsident Gradmann sofort das Wort an Prof. Dr. E. Böhler erteilen kann zu seinem Vortrag:

**Grundprobleme der schweizerischen Kriegs- und Friedenswirtschaft.**

Massgebend für die jetzt zu treffenden Vorkehrungen ist die Zeit *nach* dem Kriege. Wie man sich im Frieden für den Krieg vorbereitet, müssen wir in Kriegszeiten Massnahmen für eine Friedenswirtschaft treffen, um zu verhindern, dass sofort nach der Demobilisation eine schwere Krise über unser Land hereinbricht. Den zurückkehrenden Soldaten und der Kriegsindustrie müssen wir den Boden für eine Umstellung vorbereiten.

Wir sind heutzutage in der Lage, Kriegschäden rasch wieder gutzumachen. Leere Lager können wir im Laufe von zwei Jahren wieder auffüllen. Unsere Kapazität war am Ende des letzten Krieges grösser als zu Beginn; trotzdem folgte der Kriegskonjunktur die Krise. Nach unsern Exportgütern besteht im Ausland eine grosse Nachfrage. Es wäre aber nur ein einmaliger Export, wenn wir die betreffenden Waren nicht ersetzen können. Ausserdem sucht das Ausland sich gegen die Einfuhr nicht lebenswichtiger Produkte zu verschliessen. Besonders die Textilindustrie wird Export-Schwierigkeiten zu fühlen bekommen. Eine weitere Frage ist die Art der Bezahlung der Ausfuhr. Das kriegführende Ausland kann nicht mit Gütern bezahlen. Es bleiben übrig Gold, Wertpapiere oder Kredite. Gegen Kreditgewährung spricht, dass eine spätere Bezahlung in Waren unsere eigene Warenerzeugung konkurrenziert. Eine weitere Exporthemmung bildet der Wirtschaftskrieg. Die Kriegführenden versuchen, die Wirtschaftskraft des Gegners zu brechen. Die Schädigung der Neutralen erfolgt auf Grund des Konterbanderechtes, das schliesslich sämtliche Rohstoffe beschlägt. Unser Export wird so auf die Veredlung von Produkten gedrängt, die jeder Staat selbst liefert.

Die Kriegswirtschaft kann Privatwirtschaft sein oder aber Planwirtschaft im einzelnen, durch eine allgemeine Lenkung der Produktion, des Verbrauches und des Exportes. Die Kriegführenden haben den zweiten Weg gewählt; sie sind zu einer Einzelplanung der gesamten Produktion geschritten. In der Schweiz wurde ein Mittelweg eingeschlagen. Die kriegswirtschaftliche Lenkung beruht zur Hauptsache auf der Preiskontrolle; die freie Preisbildung ist aufgehoben. In Friedenszeiten sorgt der Preis für das Gleichgewicht zwischen Nachfrage und Angebot: Einer Preiserhöhung folgt ein gesteigertes Warenangebot. Dies setzt jedoch eine Freiheit in der Beschaffung der Waren oder der Produktionsmittel voraus, die heute fehlt. Infolgedessen hätten ungehemmte Preissteigerungen lediglich zur Folge, dass Kriegsgewinne entstünden, ohne dass die Produktion wesentlich gesteigert würde, und dass die reicheren Kreise ihre Lebensgewohnheiten beibehielten, während die Schwächeren in Nachteil gerieten. Die Preiskontrolle sucht den Schwächeren zu schützen, Spekulationsgewinne zu verhindern und den Preisanstieg zu verlangsamen. Für die vorgeschriebenen Preise sollte ein Mittelwert zwischen Gestehungs- und Wiederbeschaffungspreis massgebend sein.

Die Umstellung der Wirtschaft wegen des Ausfalles an Arbeitskräften und des grossen Bedarfes für die Mobilisation führt dazu, auch Frauen einzustellen und länger zu arbeiten. Der Bedarf ist grösser als die Produktion. Der Bedarf der zurückgebliebenen Bevölkerung ist einzuschränken zugunsten der Armee. Die Kräfte sind dort einzusetzen, wo sie das Beste leisten können. Ferner hat eine Umschulung zu erfolgen; Betriebsteile müssen zusammengefügt werden, die durch die Mobilisation zerrissen wurden.

Die Mobilisation kostet den Staat 1200 Mio Fr., die Ausrüstung des Heeres weitere 1300 Mio Fr., zusammen jährlich 2½ Milliarden. Unser Volkseinkommen beträgt 8 Milliarden Fr., ein Drittel davon wird somit für die Armee benötigt. Die jetzige Steuerlast (Kantone und Bund) beträgt bereits 1 Milliarde, zu der die genannten 2½ Milliarden noch hinzukommen werden.

Das finanzielle Problem besteht in der Verhinderung der Inflation. Die Ausgabe von Mobilisationsanleihen hat keine unmittelbare inflatorische Wirkung, jedoch eine sehr grosse Fernwirkung: das Nominalkapital nimmt zu, nicht aber das Realkapital. Die Amortisierung fällt vielleicht in eine Zeit der Krise. Besser als eine solche Belastung der Zukunft ist es, jetzt genügende Steuern zu erheben. Es müssen jetzt etwa 25 % des Einkommens weggesteuert werden. Neben der direkten Steuer ist die Umsatzsteuer heranzuziehen. Eine radikale Steuerreform hätte die Beträge zu liefern, deren wir bedürfen. Wir müssen im Krieg auf Neuersparnisse und auf einen Teil des Einkommens verzichten.

<sup>1)</sup> Einerseits die Mobilisation, andererseits das Abwarten eines Autreferates, das dann doch nicht erhältlich war, haben die Veröffentlichung dieser beiden Protokolle unliebsam verzögert. Red.

Es ist unsere Pflicht, uns systematisch vorzubereiten auf den Uebergang zum Friedenszustand. Wir dürfen nicht die Wirtschaft sich selbst überlassen, nicht nach dieser Rüstungsnachfrage ein Vakuum entstehen lassen. Warum sollten wir, die wir für die Kriegsbereitschaft solche Kräfte aufbringen, nicht auch der Aufrechterhaltung des Lebens-Standards fähig sein? Wir müssen für eine Beschäftigung der Arbeitskräfte nach dem Kriege sorgen. Dies bedarf einer Vorplanung.

Es muss bekannt werden, dass etwas getan werden kann. Wir müssen aus der heutigen Kriegszeit lernen, in der wir versuchen, alle produktiven Kräfte zu entfalten. Leider lässt man in Friedenszeiten allem seinen freien Lauf — besser wäre es, auch dann unsere Kräfte für Friedensziele voll auszunützen. Wir können dies nicht nur, wir müssen es tun. Jeder soll in seinem Bereich dahin wirken, dass Vorbereitungen in dieser Richtung getroffen werden. Es handelt sich nicht um freie Wirtschaft oder Planwirtschaft: Wir müssen eine Beweglichkeit des Einzelnen aufrecht erhalten, die grundlegenden Elemente jedoch lenken. (Referat Dr. H. Brandenberger.)

Präsident Gradmann verdankt den anredenden und klaren Vortrag aufs beste. Nach kurzer Pause folgt die Diskussion:

Ing. O. Heim macht darauf aufmerksam, dass die in Aussicht stehende<sup>2)</sup> Vermögensabgabe als inflatorische Massnahme zu betrachten sei, während der Referent sich klar darüber ausgesprochen habe, dass die Vermeidung der Inflation wünschbar und möglich sei. — Arch. W. Romang betrachtet den Privatsektor der Wirtschaft. Dieser sei heute schon kleiner geworden, wie viel, wisse man nicht. Eine zusätzliche Steuerbelastung werde nun einem geschwundenen Privatsektor zugemutet, und das sei nicht tragbar.

Der Referent antwortet in einem Schlusswort den beiden Diskussionsrednern. Die Vermögensabgabe ist nicht als Abgabe, sondern als erhöhte Steuer zu betrachten. Bei der vorgesehenen Regelung ist eine Bestreitung aus dem Ertrag möglich. Es ist aber zuzugeben, dass in einzelnen Fällen der Ertrag nicht ausreicht und das Vermögen angegriffen werden muss. — In Bezug auf den Privatsektor der Wirtschaft ist zu beachten, dass es neben schwindenden Sektoren auch solche gibt, die zunehmen, z. B. neue Verdienstmöglichkeiten durch die Ausrüstung. Auf lange Sicht betrachtet, werden sich viele vorübergehende Schrumpfung wieder ausgleichen durch andere Verteilung. Sollte vorübergehend eine Lücke entstehen, so kann hier der zur Verwendung vorgesehene Teil des Abwertungsgewinnes einspringen.

Das behandelte Thema wird von den Technikern oft etwas vernachlässigt, zu ihrem eigenen Schaden. Die Zuhörer waren daher für die gebotene Belehrung und Anregung dankbar.

Der Präsident schliesst den Abend um 22.00 Uhr.

Der Aktuar: A. M.

**Protokoll der 9. Sitzung, 13. März 1940.**

Präsident Gradmann eröffnet punkt 20.15 Uhr die Sitzung, die im grossen Hörsaal des Physikalischen Institutes der E. T. H. stattfindet. Er kann eine große Zahl von Mitgliedern und Gästen begrüssen. Das Protokoll der 8. Sitzung vom 28. Februar 1940 wird stillschweigend genehmigt.

Unter Traktandum Mitteilungen orientiert der Präsident die Anwesenden, dass am 9. März in Bern eine Präsidentenkonferenz des S. I. A. stattgefunden habe zur Besprechung einer Ausgleichskasse für Selbständigerwerbende. Zur weiteren Behandlung dieser Angelegenheit wird eine baldige Delegiertenversammlung in Aussicht gestellt. — Die Umfrage wird nicht benützt.

Vom Beifall der Anwesenden begrüsst, beginnt Prof. Dr. F. Tank mit seinem Vortrag:

**Die Technik der millionstel Sekunde.**

Der Vortrag wird von den Zuhörern mit begeistertem Beifall und vom Präsidenten mit Worten der Anerkennung verdankt. Das Wort zur Diskussion wird nicht verlangt.

Schluss 22.05 Uhr.

Der Aktuar: A. M.

<sup>2)</sup> Inzwischen durch dringlichen Bundesbeschluss zu Stande gekommen. Red.

**An unsere Abonnenten im Ausland**

Unsere ausländischen Abonnenten, die seit Kriegsausbruch die «SBZ» nicht mehr erhalten konnten, werden die ihnen fehlenden Hefte (die für sie bei unserer Expedition aufbewahrt werden) so bald postalisch zulässig nachgeliefert erhalten. Es betrifft dies Dänemark und Norwegen, Holland und Niederl. Indien, Belgien, Frankreich und England samt ihren Kolonien und Dominions, Aegypten, ferner Nord- und Südamerika.

Fehlende Einzelhefte können schon jetzt nachgeliefert werden nach Deutschland und Italien, Spanien und Portugal, dem Balkan und der Türkei, nach den baltischen Ländern, Finnland und Schweden, endlich über Russland und Sibirien nach dem Fernen Osten.

Wer von den Lesern der «SBZ» die Möglichkeit persönlichen Verkehrs z. B. mit G. E. P.-Kollegen in den z. Zt. für uns gesperrten Ländern besitzt, wird gebeten, obige Mitteilung weiterzugeben.

Administration der «SBZ»